

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Solidarität der Völker des Nordens mit den Armen des Südens

Die Europäische Kampagne über die Nord-Süd-Verflechtung beginnt am kommenden Samstag in unserem Land mit einem Vortrag

In den europäischen Staaten ist eine Kampagne angelaufen, die dazu dienen soll, die öffentliche Meinung für die Beziehungen zu sensibilisieren, die zwischen den Europäern und den Völkern der Dritten Welt bestehen. In unserem Land beginnt die Kampagne am kommenden Samstag mit einem Vortrag des bundesdeutschen Entwicklungshilfeministers Hans Klein, der über die Problematik des Gefälles zwischen Nord und Süd sprechen wird. Weitere Aktionen sind in den nächsten Monaten, wie bereits angekündigt, geplant.

Die wichtigste Aufgabe der Nord-Süd-Kampagne ist nach dem Verständnis des Europarates, die Solidarität der Völker des Nordens mit jenen des armen Südens als eine Pflicht und rationale Notwendigkeit aufzufassen. Die Zukunft der Länder des Nordens und die des Südens sind eng miteinander verknüpft durch ein komplexes Netz wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ökologischer Beziehungen.

Dass gerade ein ausländischer Entwicklungshilfeminister den Auftakt zu einer weitgehend liechtensteinisch-orientierten Kampagne gibt, kann als gutes Zeichen gewertet werden, denn damit wird die Internationalität des Problems betont. Aber dieser Auftakt könnte auch symptomatisch dafür sein, dass in unserem Land sich nur wenige um die Problematik der Entwicklungshilfe und der Entwicklungszusammenarbeit kümmern und dass wir als eines der reichsten Länder der Erde nur in bescheidenem Ausmass Entwicklungshilfe betreiben. Die Kampagne kann, sofern nicht der Sinn und Zweck vor lauter Aktionen und kulturellen Veranstaltungen verloren geht, ein Anstoss zu einem Nachdenken über die Entwicklungshilfe sein.

Die im liechtensteinischen Entwicklungshilfekonzert festgelegten Zielsetzungen sind zweifellos weitgehend noch richtig und vermögen auch einer Überprüfung standzuhalten, dennoch wird es notwendig sein, diese Ziele in nächster

Zeit mit den Zielsetzungen anderer Länder zu vergleichen und eventuell abzustimmen. Auch in der Dritten Welt findet eine Entwicklung statt, die zum Teil nicht in jenen Bahnen verläuft, wie man sie sich im entwickelten Norden vorstellt. Doch «Hilfe zur Selbsthilfe» ist immer noch aktuell, entspricht einer Notwendigkeit und vermag in den ärmsten Staaten eine geordnete Entwicklung in bescheidenem Umfang zu ermöglichen. Die von Liechtenstein bisher geleistete Hilfe aber ist immer noch ein winziges Tröpfchen auf einen grossen heissen Stein.

### Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd

Die Zielsetzung «Hilfe zur Selbsthilfe» geht vom Bild eines armen Staates aus, in dessen Innern eine Entwicklung mit Hilfe von aussen stattfindet. Diese Zielsetzung lässt aber ausser acht, dass diese Entwicklung durch das starke Ungleichgewicht zwischen Nord- und Südstaaten im Bereich des Handels und des Warenaustausches empfindlich gestört werden kann

und auch wird. Die Länder des Nordens verfügen über einen riesigen Überschuss in der Handelsbilanz und über gewaltige Überschussproduktionen im landwirtschaftlichen und industriellen Bereich. Rund 80 Prozent der aus den Ländern des Südens nach Europa importierten Produkte sind nach Angaben des Europarates «zu billig gehandelte Rohstoffe», der gleiche Prozentsatz der von Europa in die südlichen Länder exportierten Produkte sind dagegen Fertigwaren mit hohem Mehrwert und damit Einkommensquelle und Mittel zur Arbeitsbeschaffung für die Länder des Nordens.

Die Nord-Süd-Kampagne soll in Europa anregen zum Nachdenken, nicht nur über die Situation in den armen Ländern, sondern auch über die eigene Situation. Die jetzige Situation, so der Europarat, «ist nicht nur moralisch unverträglich, sie kann auch, auf lange Sicht, die friedliche Entwicklung und den wirtschaftlichen Wohlstand gefährden.» (G.M.)

## SVB-Gewinn reduziert

Bern (AP) Der Börsenkrach und der wachsende Druck auf die Margen hat bei der Schweizerischen Volksbank (SVB) im vergangenen Jahr zu einem leichten Gewinnrückgang geführt, der sich auch 1988 fortsetzen dürfte. Wie die SVB-Spitze an der Bilanzpressekonferenz vom Mittwoch in Bern bekanntgab, ging der Reingewinn der viertgrössten Schweizer Grossbank bei ungebrochenem Bilanzsummenwachstum zum ersten Mal seit 1981 um 0.7 Prozent auf 115.5 Millionen Franken zurück. Wegen der schwierigen Rahmenbedingungen sei das Ergebnis zufriedenstellend.

Nach Angaben des Präsidenten der Generaldirektion, Walter Rüegg, vor der Presse erhöhte sich die Bilanzsumme um 11.4 Prozent auf rund 32.2 Milliarden Franken, nachdem diese im Vorjahr noch um 12.8 Prozent gewachsen war. Der Einfluss des anhaltenden Dollarzerfalls sei relativ gering ausgefallen; er betrage nur 1.3 Prozentpunkte. Mit 17.4 Prozent seien die kommerziellen Kundenausleihungen gegenüber 1986 markant auf 1.636 Milliarden Franken gestiegen. Die Erhöhung der Baukreditlimiten um 150 auf 2.393 Milliarden unterstreiche die starke Stellung der SVB im Baumarkt. Beim Lombardkreditgeschäft habe man wegen des Börsenkrachs nur bei ganz wenigen und unbedeutenden Positionen zu besonderen Massnahmen greifen müssen.

## Gutes Ergebnis für den Detailhandel

Weihnachtssternaktion brachte erneut einen Rekordumsatz

Mit einem neuen Rekordergebnis schloss, wie bereits kurz berichtet, die Weihnachtssternaktion des liechtensteinischen Detailhandelsverbandes ab. In den rund sechs Wochen vor Weihnachten wurden 14,5 Mio. Fr. an Umsatz in den 217 Geschäften, die an der Sternaktion mitmachen, erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt dies eine erhebliche Steigerung.

Die vom Detailhandelsverband ins Leben gerufene Weihnachtssternaktion ist freiwillig. Nach Angaben von Beat Marxer, Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, waren bei der Aktion diesmal rund 80 Prozent der gesam-

ten Verkaufsfläche in unserem Land vertreten, was eine recht hohe Beteiligungsquote ausmacht. Die Beteiligung muss auch vor dem Hintergrund der zweiprozentigen Abgabe der Geschäfte an die Weihnachtssternaktion gesehen werden, die vor allem die Lebensmittel-Detailisten durch die gedrückten Gewinnmargen vor Probleme stellt.

Die Weihnachtssternaktion war vor einigen Jahren ins Leben gerufen worden, um die stetige Abwanderung der Kaufkraft ins benachbarte schweizerische (und teilweise auch österreichische) Ausland aufzuhalten. Die Aktion hat sich, wie der Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Beat Marxer, auf Anfrage bestätigt, gelohnt und wird ohne Zweifel auch dieses Jahr vor Weihnachten wieder durchgeführt werden. Mit der Weihnachtssternaktion, die aufgrund der attraktiven Preisausschüttungen so beliebt ist, verbindet der Detailhandel auch die Hoffnung, dass die Einheimischen auch während des Jahres vermehrt in den einheimischen Geschäften einkaufen. Aus Kreisen des Detailhandels verlautete, dass ein solcher Nachfolge-Effekt vorhanden sei, auch wenn er sich nicht in Zahlen ausdrücken lasse.

Doch auch nach diesem positiven Ergebnis der Weihnachtssternaktion darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Versorgungssituation mit Lebensmitteln in den einzelnen Gemeinden nicht zum besten bestellt ist. Seit einiger Zeit gibt es Gemeinden in unserem Land, die nicht mehr über ein eigenes Ladengeschäft verfügen.

## Regionale Zusammenarbeit in Europa

Die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) tagt ohne uns

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im regionalen Rahmen hat in Europa in den letzten Jahren zusehends an Bedeutung gewonnen. In verschiedenen Regionen haben sich die regionalen Behörden über die Grenzen hinweg zu Vereinigungen zusammengeschlossen, gemäss der Devise, dass Schlagbäume eigentlich nicht trennen sollten. Die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (Arge Alp) besteht bereits seit einigen Jahren, doch ist unser Land in dieser Gemeinschaft nur am Rande oder gar nicht vertreten.

Die Arge Alp hat im Gegensatz zu den anderen alpenländischen, grenzüberschreitenden Organisationen wie jene der Zentralalpen, Ost- und Westalpen die engste Form der Zusammenarbeit entwickelt. In der Arge Alp haben sich die österreichischen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg, die schweizerischen Kantone Graubünden und St. Gallen, die italienischen Regionen Lombardei und Trentino Südtirol sowie der Freistaat Bayern zusammengeschlossen.

Die Zusammenarbeit ist auf der Ebene der Bundesländer und Kantone organisiert, was verständlich macht, warum un-

ser Land nicht direkt in der Arge Alp vertreten ist. Die Zwischenebene der Kantone oder Bundesländer fehlt in unserer Staatsstruktur. Ober- und Unterland bilden wohl zwei Wahlkreise, haben für sich aber keine staatliche Organisation. Doch bleibt die Frage im Raum, ob sich nicht eine Organisationsform anbieten könnte, damit das Fürstentum Liechtenstein in dieser Arge Alp vertreten sein könnte.

An wichtigen Problemen, die auch unser Land betreffen, fehlt es nicht. Die Arge Alp verfügt über drei verschiedene Fachkommissionen, die sich mit Verkehr, Umweltschutz und kultureller Zusammenarbeit beschäftigen.

Im Rahmen ihrer letzten Sitzung im Herbst 1987 behandelte die Arge Alp folgende Themenkreise: Verlagerung des Gütertransitverkehrs von der Strasse auf die Schiene, Förderung des öffentlichen Verkehrs zur Eindämmung des Individualverkehrs, die Verkehrserschliessung peripherer Zonen im Interesse einer Chancengleichheit aller Bevölkerungskreise unter Wahrung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Ökologie und Ökonomie.

## Hussein in Österreich

Wien (AP) Als erster Staatsgast in der 20monatigen Amtszeit des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim ist am Mittwoch König Hussein von Jordanien zu einem offiziellen Besuch in Wien eingetroffen. Er wurde auf dem Flughafen Wien-Schwechat von Waldheim, Bundeskanzler Franz Vranitzky und Aussenminister Alois Mock begrüsst. König Hussein hatte zuvor die Bundesrepublik Deutschland besucht.

Auf dem Programm Husseins standen unter anderem Gespräche mit Waldheim und Vranitzky sowie Firmenbesuche. Einer der Höhepunkte dürfte die Teilnahme am Wiener Opernball am Donnerstagabend sein. In diplomatischen Kreisen in Wien wurden jedoch angesichts der Vorgänge um die Untersuchung der Kriegsvergangenheit Waldheims Änderungen im Programm nicht ausgeschlossen. Waldheim hatte im vergangenen Jahr Jordanien besucht. Es war der zweite Staatsbesuch seiner Amtszeit nach einer Visite beim Vatikan.

## Finissage

12. Februar ab 19.30 Uhr

## Leo Grässli

AUSSTELLUNGSRAUM «CHAPPELIPARK» (VIS-À-VIS MIGROS BUCHS) PARKPLÄTZE KAPPELISTR. 14B

# THONY

FL 9494 Schaan Bahnhofsstrasse 16/17 Tel. 075 2 44 22



Lügen haben kurze Beine. Na und?

(Copyright: Cosmopress)

## Rücktrittsspekulation beherrscht die Diskussion

ÖVP sieht keinen Anlass für Abtreten Waldheims - Andere Parteien wollen persönliche Konsequenz

Wien (AP) Die Frage eines Rücktritts von Bundespräsident Kurt Waldheim beherrschte am Mittwoch die Innenpolitik Österreichs. Immer lauter wurden die Rufe nach einem solchen Schritt, die regierende Koalition von Sozialisten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP) zeigte sich weiter gespalten. Die konservative Volkspartei stellte sich hinter das Staatsoberhaupt, direkt oder indirekt befürworteten dagegen die anderen Parteien - neben der SPÖ die Freiheitlichen (FPÖ) und die Grünen - persönliche Konsequenzen des Präsidenten.

Die internationale Historikerkommission hatte Waldheim in ihrem am Montag vorgelegten Bericht vom Vorwurf der direkten Beteiligung an Kriegsverbrechen entlastet, ihm aber Mitwisserschaft an Kriegsunrecht und Unwahrheiten bescheinigt. Der Bundespräsident erklärte sich darauf als nicht belastet und sah keinen Grund für Konsequenzen. Auch ÖVP-Generalsekretär Helmut Kukacka sagte nun, er sehe keinen Anlass für einen Rücktritt des Staatsoberhauptes. Er räumte allerdings ein, dass eine Belastung entstanden sei. «Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen», betonte er, doch müsse Waldheim «selbst seine Konsequenzen ziehen».

Der Zentralsekretär des Koalitions-

partners SPÖ, Heinrich Keller, wollte vor Journalisten keine direkte Rücktrittsforderung aussprechen. Er sagte aber, «die politische Verantwortung liegt einzig und allein» bei Waldheim. «Der Bundespräsident ist am Wort», meinte er. Das Ausbleiben einer direkten Rücktrittsforderung begründete er damit, dass es «unzweckmässig wäre, der SPÖ nichts brächte und verschiedene Kräfte dazu veranlassen könnte, sich dagegen auszusprechen». Keller hob hervor, dass es keine Krise der Regierung, «sondern eine Krise des Bundespräsidenten» gebe. «Wir sind weder für, aber auch nicht gegen einen Rücktritt, sondern wir sind nicht bereit, dem Bundespräsidenten die Entscheidung abzunehmen», bekräftigte er.

Der Vorsitzende der FPÖ als grösster Oppositionspartei, Jörg Haider, forderte «Schluss mit der Waldheim-Debatte». Er sah sich in der Distanz seiner Partei zum Staatsoberhaupt bestätigt, der Konsequenzen zu ziehen habe. Der Vorwurf des Lügners sei nicht mehr wegzubringen, und Waldheim selbst sei für das Debakel verantwortlich. Die Grünen sprachen von einem «unermesslichen Schaden für die Republik». Walter Geyer, stellvertretender Fraktionschef, forderte direkt den Rücktritt des Staatsoberhauptes.

tes. Er sagte, bei Gesprächen mit allen SPÖ-Funktionären und einem überwiegenden Teil der ÖVP-Politiker stelle sich heraus, dass auch dort diese Meinung vorherrsche. Er sprach von «Verlogenheit», da keiner dies offen ausspreche.

Bereits zuvor hatten sich der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums, Simon Wiesenthal, und Altkanzler Bruno Kreisky offen für persönliche Konsequenzen Waldheims ausgesprochen. Wiesenthal sah für das Staatsoberhaupt jetzt die Möglichkeit, ohne Gesichtsverlust zurückzutreten.

Wir machen seit 1975 Forderungen zu Bargeld



ANSTALT FÜR INKASSODIENSTE

Vaduz, Heiligkreuz 44, Tel. 2 99 44

Über 22.000 Inkasso-Aufträge erfolgreich abgeschlossen